

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 18.04.2007  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:44 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Pohlmann, Marianne

#### **SPD-Fraktion**

Bamminger, Berendine  
Davids, Walter  
Scheffel, Enno  
Stöhr, Friedrich  
Wessels, Johann

#### **CDU-Fraktion**

Odinga, Hinrich  
Schönsee, Carmen

#### **FDP-Fraktion**

Fooker, Ralf  
Hoofdmann, Erwin

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Stolz, Wulf-Dieter

#### **Fraktion DIE LINKE. Grundmandat**

Graf, Wilfried

#### **Beratende Mitglieder**

Rangnow, Martin  
Tuitje, Ingo

Vertreter der Polizeiinspektion Emden  
Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr

#### **Verwaltungsvorstand**

Brinkmann, Alwin Oberbürgermeister  
Lutz, Martin Erster Stadtrat

#### **von der Verwaltung**

Ahten, Okko  
Grendel, Volker  
Heinks, Andree  
Kleiminger, Jürgen Dr.  
Lenz, Bernd  
Post, Hinrich

#### **Protokollführung**

Onnenga, Olga

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

### **Gast**

Hüfken, Otto  
Santjer, Onno  
Bongartz, Helmut  
Janßen, Heinz Werner

Präventionsrat  
Präventionsrat

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Pohlmann** eröffnet die Sitzung, begrüßt den Herrn Oberbürgermeister A. Brinkmann, die Presse, die Gäste sowie alle anderen Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

**Herr Brinkmann** bittet darum, die Punkte 9 und 10 der Tagesordnung als ersten Punkt unter Anträge von Fraktionen und Gruppen vorzuziehen.

**Frau Pohlmann** stellt fest, dass gegen die gewünschte Änderung der Reihenfolge kein Einwand erfolgt.

#### Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit der gewünschten Beratungsfolge festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt und des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 07.12.2006

#### Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 1 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt und des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 07.12.2006 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 24.01.2007

### Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 24.01.2007 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Von dem anwesenden Bürger werden keine Fragen zu den Tagesordnungspunkten gestellt.

## ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 6 Verkehrsleitsystem;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.02.2007  
Vorlage: 15/0224

**Herr Grendel** gibt weitere Erläuterungen zur Stellungnahme der Verwaltung und weist nochmals auf die heutige Struktur der Autobahnwegweisung die im April 2003 in diesem Ausschuss vorgestellt wurde hin. Die Überprüfung des Antrages wurde wegen der Zuständigkeit gemeinsam von den Fachdiensten Stadtplanung und Öffentliche Sicherheit und Straßenverkehr durchgeführt, mit dem Ergebnis sich gegen eine solche Veränderung auszusprechen.

**Herr Lutz** ist der Auffassung, dass es wichtiger sei, LKW's durch eine intelligente Beschilderung möglichst schnell in die Gewerbegebiete zu leiten.

**Herr Bongartz** erläutert nochmals den Antrag der CDU-Fraktion, ortsunkundige Autofahrer künftig über die Larrelter Straße in die Innenstadt zu führen. Er ist der Meinung, dass durch die jetzige Beschilderung an der Anschlussstelle Emden-Mitte zu viele Autofahrer über die bereits überfüllte Auricher Straße in die Innenstadt gelenkt würden. Auswärtige könnten durch eine Änderung der Verkehrsführung direkt zum Parkhaus am Wasserturm fahren, um es zu füllen.

**Herr Grendel** erwidert, dass im Jahr 2003 gerade die Beschriftung „Stadtmitte“ von der Anschlussstelle Emden-Ost nach Emden-Nord (heute Mitte) verlegt worden sei, damit ortsunkundige Besucher der Nordseehalle, des Kickers-Stadions, des Neuen Theaters oder neuerdings der Friesentherme und der BBS II über die Auricher Straße ihre Ziele auf möglichst kurzem Weg erreichen.

Für **Herrn Bongartz** ist nicht nachvollziehbar, Tausende von Touristen und Besucher der Kunsthalle, die allein im letzten Halbjahr über 80.000 betrogen, durch die Innenstadt, statt außen herum, direkt zum Cityparkhaus zu leiten.

**Herr Grendel** entgegnet, dass es sich bei den Touristen und den Besuchern der Kunsthalle keineswegs nur um ortsunkundige Autofahrer handele. Außerdem müsste die verbleibende Zahl der Besucher pro Jahr in Relation zu dem Tagesverkehrsaufkommen in Emden gesehen

## **Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice**

werden. Dies seien in der Larrelter- und Auricher Straße je 20.000 KFZ und in der Petkumer Straße 18.000 KFZ täglich !

Eine erneute Änderung der Beschilderung sei grundsätzlich zwar möglich, jedoch seien die Kosten derzeit nicht abschätzbar.

**Herr Davids** ist davon überzeugt, dass die Folgen durch eine Änderung der Wegweisung eher nachteilig seien. Im Jahr 2003 hätten alle das in diesem Ausschuss vorgestellte Konzept befürwortet.

**Herr Fooker** erklärt, dass die FDP den Antrag der CDU unterstütze, die Zahlen würden falsch interpretiert, um das Parkleitsystem zu rechtfertigen. Die Lösung des Verkehrsproblems in der Innenstadt liege in der Verkehrslenkung über die Larrelter Straße. Die Mittel für das Parkleitsystem könnten sinnvoller eingesetzt werden, er verweist dabei auf die Schulprobleme.

**Herr Lutz** gibt zu bedenken, dass im übrigen eventuell freiwerdende Mittel zum Haushaltsausgleich verwendet werden müssten. Das Parkleitsystem werde hauptsächlich dazu benötigt, das Parkplätze sinnvoll genutzt werden.

Durch das Parkleitsystem würden nicht nur ortsunkundige Autofahrer auf den nächsten freien Parkraum dirigiert, berichtet **Herr Grendel**, es werde vielmehr das Suchen nach Parkplätzen in der Innenstadt minimiert. Ortsunkundige würden auch heute bereits frühzeitig auf das Parkhaus hingewiesen. Dass dieses auch problemlos funktioniere, zeigten die vielen KFZ mit auswärtigen Kennzeichen im Parkhaus z.B. Ostern. Die Emdener Bevölkerung nutze das Parkhaus nicht.

**Herr Odinga** berichtet, dass es in dem Antrag der CDU primär darum gehe, das Parkhaus zu füllen und die Innenstadt zu schonen.

**Herr Stolz** spricht sich ebenfalls für eine bessere Auslastung des Parkhauses aus, sieht aber keinen Anlass, dem CDU-Vorschlag zuzustimmen, da für die Autofahrer es noch nachteiliger wäre, über die Abdenastraße in die Innenstadt zu kommen. Ein gravierender Nachteil für das Parkhaus sei vielmehr die fehlende Anbindung an die Ringstraße.

**Frau Pohlmann** bittet um Abstimmung über die **Beschlussempfehlung der Verwaltung**.

### **Beschluss:**

Das Verkehrsleitsystem für die Erreichbarkeit der Stadt Emden soll für den Straßenverkehr so umgestaltet werden, dass die Anfahrt über die Autobahn über die „Larrelter Kreuzung“ und nicht über die Abfahrt an der Auricher Straße abgewickelt wird.

Auf den der Vorlage 15/0224 beigefügten Antrag wird verwiesen.

### **Abweichender Beschluss:**

Der seit 2003 eingeführte und bewährte Zustand der Beschilderung an der Autobahn bleibt unverändert.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit abgelehnt

**Ergebnis:** Ja 8  
Nein 3

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

TOP 7 Vermehrtes Aufkommen von Ratten;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2007  
Vorlage: 15/0251

Ergänzend zur Mitteilungsvorlage berichtet **Herr Dr. Kleiminger**, dass die Beköderung zur Bekämpfung der Population intensiv beobachtet werde. Kontrollen der letzten zwei Monate bis einschl. 16.04.2007 hätten gezeigt, dass alle 14 Tage die befüllten Kästen leergefressen waren. Untersuchungen hätten ergeben, dass es dort eine große Rattenpopulation geben müsse. Das Gelände sei derart unübersichtlich, dass die Bekämpfung bisher erfolglos geblieben sei. Das größte Problem stellten die bodendeckenden Pflanzen und die vielen wuchernden Brombeersträucher dar. Diese böten den Tieren einen guten Unterschlupf. Ohne eine Grundsanierung sei die Lösung des Problems nicht möglich. Wegen der aktuellen Setz- und Brutzeit können die Pflanzen und Sträucher zz. aber nicht beseitigt werden. Weiter verweist **Herr Dr. Kleiminger** auf den neu aufgelegten Leitfaden zur Rattenbekämpfung des Nds. Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit.

Unverständnis äußert **Herr Odinga** darüber, dass bei einem so gravierenden Rattenbefall die bodendeckenden Pflanzen und Brombeersträucher noch immer nicht entfernt seien. Trotz des Umwelt- und Tierschutzes dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass Ratten Überträger gefährlicher Krankheiten seien.

**Herr Lutz** bemerkt vor diesem Hintergrund, dass es von elementarer Bedeutung sei, Abfälle korrekt zu entsorgen und nicht etwa in der Natur abzulagern. Da der letzte Winter mild gewesen sei hätten sich die Ratten ungestört vermehren können.

**Herr Bongartz** schlägt vor, den Wildwuchs zu entfernen und die Fläche zu schottern und Parkplätze zu schaffen. Diese seien in der Nähe des neuen Verwaltungsgebäudes im übrigen dringend nötig.

**Herr Stolz** ist entschieden gegen eine weitere Versiegelung von Böden in der Innenstadt. Wenn der Bereich umgestaltet werden müsse, plädiere er für blühende Pflanzen; verschottern sei genau das Falsche.

**Herr Lutz** stellt klar, dass die Ratten nachhaltig bekämpft werden müssten aber auch der Umweltschutz müsse Berücksichtigung finden. Infektionen, die durch Ratten übertragen werden könnten, dürften nicht unterschätzt werden. Die Verwaltung werde unverzüglich eine Lösung erarbeiten.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 8 Ladenöffnungszeiten in Emden;  
- Antrag der Fraktion "Die Linke" vom 12.02.2007  
Vorlage: 15/0252

**Herr Graf** sieht in den neuen Ladenöffnungszeiten rund um die Uhr eine weitere Gefahr der Störung der Ruhe und der Ordnung durch noch gesteigerten Missbrauch von Genussmitteln.

**Herr Lutz** bemerkt, dass zurzeit keine Anfragen von Firmen wegen längerer Öffnungszeiten vorlägen. Deshalb mache eine Grundsatzdiskussion derzeit auch keinen Sinn.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

TOP 9 Verbot von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum;  
Antrag der Fraktion "Die Linke" vom 06.02.2007  
Vorlage: 15/0253

Die Diskussion über diesen Punkt erfolgte zusammen mit Punkt 10 „Videoüberwachung des Neuen Marktes“.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 10 Videoüberwachung des Neuen Marktes;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 11.02.2007  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 16.02.2007  
Vorlage: 15/0254

**Herr Brinkmann** erläutert einleitend den Grund seiner Teilnahme an der Sitzung speziell zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10. Es gehe darum, auf die Situation in der Innenstadt, insbesondere am Neuen Markt, die durch Schlägereien, Sachbeschädigungen, Ordnungswidrigkeiten, Lärm usw. gekennzeichnet sei, adäquat zu reagieren.

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, das Grundgesetz, gewähre den Menschen in diesem Lande weitgehende Freiheiten und individuellen Gestaltungsraum. Diese Freiheiten fänden aber dort ihre Grenzen, wo das Verhalten in die Rechte anderer eingreife; und genau diese Situation finde sich aktuell in der Innenstadt.

Ihm, der er so alt sei, wie das Grundgesetz, falle es sehr schwer, erkennen zu müssen, dass es Menschen gebe, die mit der vom Grundgesetz eingeräumten Freiheit nicht umzugehen wüssten und ein Einschreiten erforderten. Exzessiver Alkoholkonsum und eine hohe Gewaltbereitschaft seien aktuell dort zu beobachten.

Die Situation insbesondere am Neuen Markt sei inakzeptabel. Es gehe ihm darum, die Polizei zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass es künftig dort friedlich zugehe. Kein Verständnis habe er beispielsweise dafür, dass ein Wirt mit dem „Flatrate -Trinken“ werbe. Die Störer könnten nicht bestimmten Gruppen zugeordnet werden, sondern gingen quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und Nationalitäten.

Die „Stigt“-Anlage am Delft, die vielen Menschen Freude und Erholung biete, beginne teilweise sich durch dort stattfindende Feten und Trinkgelage zum Problem zu entwickeln. Es sei nicht tolerierbar, dass Wohnmobil-Urlaubsgäste angepöbelt, Boote mit Flaschen beworfen und die Anwohner in ihrer Ruhe gestört würden.

Was er heute vorstellen möchte, sei ein Sicherheitskonzept, welches vom Präventionsrat, der Polizei und der Stadt Emden gemeinsam erarbeitet und getragen werden, somit auf 3 „Säulen“ ruhe.

Bei dem Konzept gehe es um den Einsatz qualifizierter Sicherheitsfachkräfte privater Sicherheitsunternehmen an den Wochenenden innerhalb des wallumgrenzenden Stadtgebietes im Rahmen eines sogenannten City-Ordnungsdienstes.

**Herr Brinkmann** bittet nachfolgend Herrn Ahten um die Erläuterungen des Konzeptes und Herrn Rangnow, das von Herrn Bongartz angeregte kriminalpolizeiliche Lagebild zu erläutern.

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

**Herr Ahten** erklärt, dass es bei dem Konzept inhaltlich darum gehe, neben den bisherigen Aktivitäten, die auch fortgesetzt würden, durch den Einsatz qualifizierter Sicherheitsfachkräfte privater Sicherheitsunternehmen und eine begleitende Imagekampagne den lädierten Ruf des Bereiches am und um den Neuen Markt wiederherzustellen, aufzuwerten und zu sichern sowie deutlich die Aktivitäten der Polizei zur Verbrechensbekämpfung und –prävention zu flankieren. Es handele sich, wie bereits vom Oberbürgermeister ausgeführt, um eine konzertierte Aktion zwischen dem Präventionsrat, der Polizei und der Stadt Emden. Der „Modellversuch“ sei für die Zeit vom 01.05. bis 31.10.2007 geplant und zwar in den Nächten von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag in der Zeit von 23.00 Uhr bis 04.00 Uhr.

**Herr Ahten** spiegelt chronologisch die bisherige Entwicklung :

Im Herbst 2006 seien die in Rede stehenden Probleme über die Polizei an die Stadt Emden herangetragen worden. Nach einem Auftaktgespräch mit den Wirten seien insgesamt 7 Begehungen und Gaststättenkontrollen sowie in der Nacht von 24. auf den 25. März 2007 eine schwerpunktmäßige Jugendschutzkontrolle durchgeführt worden. Anlässlich der Begehungen seien, insbesondere bei milder Witterung, alkoholisierte Gruppen dort gesichtet worden. Eine Versorgung aus dem Rucksack sei offensichtlich gewesen. Aus der Anonymität der Gruppe heraus erfolgten Störungen, wie Flaschenwürfe etc.. Bei schlechter Witterung, wie Regen und/oder Kälte, seien die Probleme weniger bis kaum vorhanden gewesen. Bei der kritischen Klientel handele es sich überwiegend um junge Erwachsene und nicht um Jugendliche.

Die Zusammenarbeit mit den Wirten und dem dort eingesetzten Personal sei konstruktiv gewesen. Es habe keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Betrieb der Gaststätten und den Ereignissen vor Ort in nennenswerter Form gegeben. Auch habe es keine Hinweise gegeben auf etwa gewaltbereite rivalisierende Gruppen in der Stadt.

**Herr Ahten** erläutert das Anforderungsprofil für das einzusetzende Personal, die Aufgaben und Befugnisse, die Ausstattung und die Kooperation mit der Polizei (Anlage 1). Er erklärt, dass die eingesetzten Sicherheitskräfte nicht zu Verwaltungsvollzugsbeamten bestellt würden. Diese Lösung sei sowohl gesetzeskonform, als auch wirtschaftlich. Während des Modellversuches werde man sich immer wieder zusammensetzen und die Ergebnisse und Erkenntnisse reflektieren.

**Herr Rangnow** erläutert die kriminalpolizeilichen Erkenntnisse bezogen auf den Neuen Markt (Anlage 2). Verglichen mit dem Gesamtbild der Kriminalität in der gesamten Stadt stellten die Straftaten von erheblichem Gewicht keine gravierende Größenordnung dar. Das subjektive Sicherheitsgefühl, verbunden mit der Angst, eventuell selber Opfer werden zu können, spiegele ein anderes Bild. Dieses beeinträchtigte Sicherheitsgefühl vieler Bürger müsse ernst genommen werden.

**Herr Brinkmann** führt aus, dass ein Meinungsaustausch mit Herrn Rangnow stattgefunden habe (4-Augengespräch). Es bestehe Konsens, dass Verbote alleine nicht wirken, wenn eine konzeptionelle Begleitung nicht gegeben sei. Eine Videoüberwachung, wie von der CDU-Fraktion angeregt, halte er für nicht zielführend und lehne diese ab. Er werbe für das vorgestellte Konzept des Einsatzes eines City-Ordnungsdienstes und einer begleitenden Imagekampagne gemäß dem Motto „ Feiern: ja, Keilerei: nein !“ Es solle gefeiert werden, aber ohne Randalen und Sachbeschädigungen.

**Herr Hüfken** erläutert das vorgestellte Konzept aus seiner Sicht. Das Konzept setze auf Prävention und nicht wie die Kriminalitätsbekämpfung auf die Ahndung von Straftaten. Eine Videoüberwachung als „ultima ratio“ stelle rechtlich das letzte Mittel zur Problemlösung dar. Er plädiere für das gemeinsam erarbeitete Modell. Mit dem Modellversuch wolle man die schöne Emder Innenstadt lebens- und liebenswert erhalten.

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

**Herr Brinkmann** unterstreicht die Ausführungen. Hinsichtlich der „Stigt“-Anlage führt er aus, dass die beschriebenen negativen Auswirkungen unbedingt unterbunden und vermieden werden müssten. Ab 22.00 Uhr müsse dort Ruhe herrschen. Notfalls müssten Platzverweise oder gar ein Betretungsverbot helfen. Eine Beschilderung solle hinweisen.

Für die enge Zusammenarbeit ist **Herr Rangnow** dankbar. Im Vorfeld hätten Herr Ahten und er zielgenaue Maßnahmen erarbeitet, so dass der City-Dienst seines Erachtens durchaus das geeignete Mittel zur Lösung der Probleme darstelle. Der City-Dienst solle keinesfalls beängstigend wirken, vielmehr solle er aktiv auf die Bevölkerung zugehen und Nähe aufbauen. Die Kräfte sollten „Menschenfreunde“ und kommunikationsfreudig sein. „Deshalb werden wir uns die Leute des Sicherheitsdienstes ganz genau ansehen....“

**Herr Santjer** stellt im Einzelnen die Ideen für das Imagekonzept vor, es sei eine Plakataktion mit dem Titel „Gewalt nicht dulden...“ geplant. Ein Flyer „Tolle Innenstadt“, werde zurzeit von Herrn van Ellen entwickelt. Für den 12.05.2007 verweist er auf das Projekt „Gemeinsam vorbeugen, echt stark!“ in der Innenstadt. Ein Wettbewerb solle stattfinden, bei dem ein Slogan mit Vorbildfunktion gesucht werde, mit dem z.B. T-Shirts für Kinder, Jugendliche und Erwachsene bedruckt werden können. Eine weitere Idee sei eine Fotowand mit Gesichtern von Bürgern die „Gegen Gewalt“ werben. Auch Mitternachts-Sportturniere z.B. unter dem Motto „Mit Fairness, aber ohne Gewalt und Alkohol“, seien in der Überlegung.

Nach den Vorstellungen von den gemeinsam geplanten Maßnahmen betont **Herr Brinkmann**, dass es erreicht werden solle, dass die Menschen das Gefühl hätten, man kümmere sich um die Probleme.

**Herr Graf** begrüßt den Modellversuch und unterstützt diesen. Die Argumente des Herrn Oberbürgermeisters gegen eine Videoüberwachung finde er richtig. Er lehne eine Videoüberwachung schon aus seiner Sicht eines ehemaligen DDR-Bürgers strikt ab. Seinen Antrag zum Alkoholverbot zieht er zurück. Gleichzeitig weist er auf eine Verordnung zum Alkoholverbot für einen bestimmten Platz in der Stadt Salzburg hin, wodurch Gewaltexzesse durch Alkoholmissbrauch am Wochenende unterbunden worden seien.

**Herr Bongartz** dankt ebenfalls allen für ihre Ausführungen und zeigt sich beeindruckt von dem Modellversuch mit einem Sicherheits- und Ordnungsdienst. Trotzdem bleibe die CDU bei ihrer Forderung, zur Überwachung des Neuen Marktes Videokameras einzusetzen. Die Aufzeichnungen hätten vorbeugende bzw. abschreckende Wirkung. Die Kriminalanalyse der Polizei, die im letzten Jahr am Neuen Markt 144 Straftaten ergaben, erfülle die rechtlichen Voraussetzungen der Bestimmungen des § 32 Nds. SOG und lasse eine Videoüberwachung zu. Mit einer „Bespitzelung“ habe eine solche Überwachung nichts zu tun, dabei verweist er exemplarisch auf Banken, Kauf- und Parkhäuser usw. in denen eine Videoüberwachung für alle selbstverständlich sei. Den Ordnungsdienst begrüße er sehr, in Leer habe man beispielsweise mit Doppelstreifen sehr gute Erfahrungen gemacht, auch eine zeitliche Begrenzung sei der richtige Weg. Den Zustand am Stigt bedauere er sehr, es sollten umgehend Maßnahmen ergriffen werden. Alle wollten eine lebendige und attraktive Stadt, deshalb halte man an einer zusätzlichen Videoüberwachung des Neuen Marktes fest.

**Herr Hoofdmann** verdeutlicht, dass die FDP-Fraktion mit den Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, sehr zufrieden sei. Die Vorgaben ihres Antrages seien damit erfüllt.

**Herr Davids** spricht sich tendenziell dafür aus, die Testphase auszubauen und ein Konzept für die ganze Stadt zu entwickeln. Er erinnert u.a. an die Probleme in Borssum und auf dem Friedhof Tholenswehr.



## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

**Herr Stolz** glaubt nicht, dass die vorgetragenen Maßnahmen die Lösung der Probleme brächten. Vielmehr müsse die Gesellschaft ihre eigene Vorbildfunktion kritisch hinterfragen. Für die Kontrolltätigkeit schlägt er den Einsatz von Fahrrädern vor.

**Herr Fooken** bittet um Auskunft, wie hoch die Kosten für den City-Dienst seien und ob die Gaststätten sich eventuell an den Kosten beteiligten. Weiter interessiere ihn, was geschehe, wenn am 01.08.2007 das Rauchverbot in den Gaststätten durchgesetzt würde und vor den Gaststätten Raucher Lärm verursachten. An Herrn Santjer gerichtet stellt er die Frage, ob Gesundheits- bzw. Suchtmediziner einbezogen würden. Aufschlussreich wäre, wenn Experten ihre Erfahrungen bei Jugendlichen bezüglich Alkohol und Nikotin schilderten.

**Herr Brinkmann** erklärt, dass im Kommunalen Präventionsrat auch eine Medizinerin mitwirke. Bezüglich des Rauchverbotes bemerkt er, man solle einen Schritt nach dem anderen erledigen. Die Kosten für die vorgeschlagenen Maßnahmen würden bei ca. 25.000 € liegen, zurzeit liege aber erst ein Angebot vor. Der Auftrag sei noch nicht vergeben.

Zum Abschluss der beiden Tagesordnungspunkte weist **Herr Brinkmann** noch einmal darauf hin, dass man die Probleme in den Griff bekommen wolle. Er sei für die positiven Stellungnahmen dankbar. In Bezug auf die Videoüberwachung habe er seine persönliche Position dargelegt, sollte der Rat eventuell gegenteilig entscheiden, müsse er es akzeptieren.

**Frau Pohlmann** dankt allen für ihre Ausführungen.

(Herr Brinkmann, Herr Hufken, Herr Santjer verlassen um 18.10 Uhr die Sitzung.)

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 11    Verkehrssicherungsmaßnahme in der Folkertswehrstraße;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.02.2007  
Vorlage: 15/0255

**Herr Grendel** weist darauf hin, dass es sich bei der Folkertswehrstraße um eine Straße außerhalb einer geschlossenen Ortschaft handelt. Überprüfungen hätten ergeben, dass in mehr als 1 ½ Stunden 3 bis 5 Fahrzeuge der Anlieger die Straße benutzten. Während der Erntezeit könne sich dieses zwar ändern, dennoch halte er die Beschilderung für angemessen.

**Herr Fooken** erwidert, dass gerade zur Ernte- und Aussaatzeit jugendliche Treckerfahrer mit überhöhter Geschwindigkeit die Straße befahren, wodurch die dort spielenden Kinder gefährdet werden. Ziel des Antrages sei, die Geschwindigkeit zum Wohle der Kinder auf einem kleinen Teilabschnitt auf 10 Km/h zu drosseln.

**Herr Wessels** befürwortet die Argumentation der Verwaltung, es würde sich um einen Wirtschaftsweg handeln, an dem 8 Bauernhäuser liegen. Nach seiner Ansicht sei auch eine Beschränkung der Durchfahrt auf Fahrzeuge bis 3,5 to nicht zu befürworten.

**Herr Grendel** sieht keinen Handlungsbedarf

Aus eigener Erfahrung berichtet **Herr Odinga**, dass durch die abgestellten PKW's auf dem Seitenstreifen ein schnelleres Fahren als 30 Km/h mit dem Trecker kaum möglich sei.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

(Herr Janssen verlässt die Sitzung).

TOP 12 Verkehrsverhältnisse Klinikum Emden GmbH;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.02.2007  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 06.03.2007  
Vorlage: 15/0260

**Herr Grendel** verdeutlicht die Gründe für den Zwischenbericht.

**Herr Bongartz** verweist auf die problematischen Verkehrsverhältnisse in der Hermann-Löns-Straße und die vielen Beschwerden der Bürger. Die Probleme drängten und müssten gelöst werden, deshalb erwarte er zeitnah (innerhalb von 6 Wochen) im nächsten Ausschuss einen abschließenden Bericht.

**Herr Grendel** trägt vor, dass Untersuchungen gezeigt haben, dass die Parkplätze nur zu 50% belegt sind, so dass der ruhende Verkehr an sich unproblematisch sei. Eng werde es vor allem in der Hermann-Löns-Straße, wenn Kinder des Kindergartens bzw. Schüler zur Förderschule gebracht bzw. abgeholt würden. An dieser Situation änderten auch mehr Parkplätze nichts. Für den abschließenden Bericht benötige er weitere Daten, z. B. über die Situation bei schlechtem Wetter usw. und Stellungnahmen des zu beteiligenden Fachdienstes Stadtplanung sowie des BEE.

### Bemerkung der Protokollführerin:

Viele der vorgebrachten Beschwerden befassen sich unmittelbar mit der Situation Bolarusstraße/Hermann-Löns-Straße vor dem Hintergrund des beantragten Neubaus „Reha-Zentrum“.

Vor diesem Hintergrund wurde unter Federführung des Fachdienstes Bauaufsicht ein Gespräch mit den Betroffenen unter Beteiligung des Bau- und Entsorgungsbetriebes und des Fachdienstes Stadtplanung geführt, in dem Einvernehmen über die zu installierenden Verkehrsbeschränkungen hergestellt werden konnte. Die nötigen Beschilderungsänderungen wurden bereits angeordnet und sind größtenteils umgesetzt. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Sitzung.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 13 Behindertengerechtes Parken;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.03.2007  
Vorlage: 15/0261

**Herr Bongartz** berichtet, dass der Antrag, die Gebühren auf 25,- € für eine Ausnahmegenehmigung zu senken, wegen der vielen Beschwerden an die CDU zur der Höhe der Gebühr gestellt wurde.

**Herr Lutz** weist darauf hin, dass die Stadt ihre Gebühren kostendeckend erheben müsse.

**Herr Grendel** hält den Betrag von 50,- € pro Ausnahmegenehmigung für schwerbehinderte Autofahrer, die kostenlos parken dürfen, für gerechtfertigt. Zudem habe diese Gebühren eine wichtige Regelungsfunktion, so haben die Sachbearbeiter festgestellt, dass die Höhe der Kosten für die Personen, die darauf angewiesen sind, kein Problem darstellten. Es hätten aber auch Personen mit den Worten: „Das lohnt sich ja nicht“ auf eine solche Genehmigung verzichtet, weil sie die 50,- € sparen wollten. Die Ausnahmegenehmigung seien jedoch nicht als kos-

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

tenlose Parkmöglichkeit, sondern als Erleichterung für diejenigen gedacht, die zwar keinen besonderen Vermerk in ihrem Schwerbehindertenausweis haben, aber dennoch so schwer behindert sind, das ihnen sogar der Gang zum Parkscheinautomaten zu schwer falle. Man müsse zwischen wirtschaftlichem Kalkül und notwendiger Fürsorge unterscheiden und bei wirklich Bedürftigen könne die Stadt im Wege einer Billigkeitsentscheidung sogar komplett auf eine Gebühr verzichten.

Ein anderes Problem, so **Herr Grendel**, sei eine Lösung mit den umliegenden Kommunen zu finden. Auswärtige Personen aus der Gemeinde Hinte oder Krummhörn könnten bereits jetzt einen Antrag bei der Stadt stellen um z.B. Erleichterungen beim Arztbesuch in Anspruch nehmen zu können. Die Bemühung der Stadt mit den anliegenden Kommunen eine Bewertung zu erzielen, werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

**Herr Davids** stimmt den Argumenten von **Herrn Grendel** zu.

**Herr Bongartz** erklärt noch einmal, dass die Beschwerden so an die CDU herangetragen wurden, auch vom Behindertenbeirat.

**Frau Pohlmann** übergibt den Vorsitz an **Herrn Davids** um ebenfalls Stellung zu nehmen. Sie äußert ihr Unverständnis über die Beschwerden. Sie habe zusammen mit Herrn Janssen von der CDU dem Arbeitskreis angehört und erinnere sich, dass es sowohl im Behinderten- als auch im Seniorenbeirat sehr kontrovers geführte Diskussionen über die Höhe der Gebühr gegeben habe. Um allen möglichst gerecht zu werden, wurde eine Gebühr in Höhe von 50,- € einstimmig beschlossen. **Frau Pohlmann** bittet **Herrn Grendel**, sich mit dem neuen Behinderten- und Seniorenbeirat zusammen zu setzen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 14 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- a) Lichtzeichenanlage in der Petkumer Straße;
  - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.04.2007

**Herr Grendel** nimmt kurz mündlich zu dem Antrag Stellung und verweist auf das neue Baugebiet, auf den ÖPNV und den Antrag auf Rückbau der Busspur sowie auf den geplanten Radweg bis zur Jahnstraße. Er bittet um etwas Geduld, weil eine Bewertung zum jetzigen Zeitpunkt nach seiner Ansicht falsch wäre. Die Verkehrsführung müsse aufgrund des neuen Baugebietes am Eisenbahndock ohnehin geändert werden, deshalb bittet er, die Entwicklung dort abzuwarten.

- b) Berichterung für den Jugendhilfeausschuss am 17.04.2007

**Herr Lutz** trägt vor, dass er seine Aussage im Jugendhilfeausschuss, die Landesregierung würde das Konnexitätsprinzip bezüglich des 3. Kindergartenjahres nicht einhalten, korrigieren müsse. Der ihm vorliegende Gesetzestext sei nicht aktuell gewesen. Den Kommunen würden nach neuer Gesetzlage für die Kinderversorgung ca. 120 Mio € zur Verfügung gestellt.

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

c) neuer Fachdienstleiter für den Fachdienst 432 – Öffentliche Sicherheit und Straßenverkehr –

**Herr Ahten** gibt bekannt, dass **Herrn Grendel** mit Wirkung vom 15.04.2007 die Leitung des Fachdienstes 432 übertragen wurde.

d) Kostenermittlung für den Neubau des Feuerwehrhauses in Borssum

**Herr Heinks** bezieht sich auf die letzte Ausschusssitzung in der die FDP um die Ermittlung der Kosten für einen Neubau eines Feuerwehrhauses in Borssum gebeten habe. Ein Neubau des Gebäudes, das identisch mit dem der Feuerwehr Larrelt wäre, würde ca. 590.000,- € kosten. Haushaltsmittel stehen in Haushaltsjahr 2007 nicht zur Verfügung und müssten außerplanmäßig bzw. für 2008 beantragt werden. Außerdem stehe kein städtisches Grundstück zur Verfügung.

Es sei zwingend notwendig, größere Mengen Schaummittel in der Nähe der neuen Industrieanstaltungen im Emdener Hafen bereit zu halten, dafür reiche der Platz im Feuerwehrgebäude an der Brückstraße nicht aus. Ein Angebot für einen Anbau durch die Gewoba wird geprüft, damit die Löschmittel, ein Trägerfahrzeug und eine Pumpe ebenfalls bei der Freiwilligen Feuerwehr in Borssum untergebracht werden können.

e) Sirene für Jarßum, Hilmarsum und Borssum

**Herr Heinks** berichtet, dass die Sirene vom Hof Liebich in Widdelswehr abgebaut und auf dem Feuerwehrhaus Widdelswehr / Petkum am Süderweg in Jarßum installiert werde, um die Bevölkerung in Jarßum, Hilmarsum und Borssum besser warnen zu können.

f) neues mobiles Blitzgerät

**Herr Grendel** teilt mit, dass inzwischen eine neu bestellte mobile Messanlage eingetroffen ist. Damit könne die Stadt Emden nun verstärkt mobile Kontrollen zur Messung der Geschwindigkeit vornehmen.

**Frau Pohlmann** gratuliert **Herrn Grendel** im Namen des Ausschusses herzlich zur Ernennung.

TOP 15    Anfragen

a) **Busparkplatz am Verwaltungsgebäude III**

**Herr Odinga** weist darauf hin, dass Busparkplatzschilder am Verwaltungsgebäude 3 angebracht sind.

**Herr Lutz** antwortet, dass dort Busse die Möglichkeit zum Parken bekommen.

**Herr Grendel** erwähnt, dass in der letzten Woche die Wendemöglichkeit für die Busse getestet wurde. Während Busse mit einer Länge von mehr als 12 m nach wie vor Probleme haben auf dem Parkplatz zu wenden, verlief der Test mit einem 12 m Bus positiv. Daher wird die Gewoba nach erfolgter verkehrsrechtlicher Anordnung die Beschilderung und Markierung auf dem Parkplatz anpassen. Der Verkehrsaußendienst wird den Parkbereich anschließend überwachen. Falls der Echtbetrieb ebenfalls keine Probleme bereitet, wird eine Wegweisung zu den Bus-

## **Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice**

parkplätzen installiert. Erst dann kann über den Rückbau bzw. teilweisen Rückbau der Busparkplätze entschieden werden.

Die Busparkplätze in der Emsmauerstraße seien nicht optimal, erklärt **Herr Lutz**. Besucher der Stadt Emden könnten am Verwaltungsgebäude III besser aussteigen und den Rundumweg am Wasser in die Stadtmitte benutzen.

( Herr Odinga verlässt die Sitzung)

### **b) Kreuzung Friedhof / Am Toefkamp in Wybelsum**

**Herr Wessels** berichtet über Markierungen im Bereich der Kreuzung Friedhof / Am Toefkamp, die für Irritationen sorgen. Er bittet um Überprüfung.

**Herr Grendel** sichert eine Überprüfung zu.

### **c) Sturmflutbericht**

**Herr Davids** mahnt das Gutachten des NLWKN zur Auswirkung des Sperrwerkes bei der Novembersturmflut an.

#### **Bemerkung der Protokollführerin:**

Herr Dr. Winkel, Referatsleiter K2 beim BAW hat auf Nachfrage erläutert, dass die Datenerhebung für die Berechnungen in diesem Fall aufgrund der sehr komplexen Windfelder sehr aufwändig sei. Da die Bundesanstalt augenblicklich aufgrund zusätzlicher Begutachtungen mit Kapazitätsengpässen zu kämpfen habe, sei eine Fertigstellung des Gutachtens vor dem Herbst wahrscheinlich nicht zu erwarten.

### **d) Rotschaltung der Fußgängerampel bei Alarmfahrten**

**Herr Hoofdmann** möchte wissen, ob bei Alarmfahrten der Feuerwehr eine Möglichkeit besteht, vom Feuerwehrhaus eine Rotschaltung der Fußgängerampel am Süderweg zu erwirken.

**Herr Grendel** bemerkt, dass man eine technische Lösung und die Kosten dafür prüfen müsste. Nach seiner Ansicht ist eine Rotschaltung eigentlich nicht notwendig, da das Blaulicht für alle Verkehrsteilnehmer bindend sei.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.